



25.03.2014 | Nr. 177/2014

Hans-Jörn Arp: Der Ministerpräsident muss seine Zustimmung zur Ausweitung der LKW-Maut an zusätzliche Mittel für den Ersatz der Rader Hochbrücke koppeln

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Hans-Jörn Arp, hat Ministerpräsident Torsten Albig heute (25. März 2014) dazu aufgefordert, seine Zustimmung zu der von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt beabsichtigten Ausweitung der LKW-Maut von einer verbindlichen Finanzierungszusage für ein Ersatzbauwerk der Rader Hochbrücke abhängig zu machen:

„Bislang fehlen die Mittel für den Ersatz der Rader Hochbrücke. Dieses Ersatzbauwerk muss in zwölf Jahren stehen. Ich erwarte von Ministerpräsident Torsten Albig, dass er im Rahmen der Beratungen über die Ausweitung der LKW-Maut für dieses herausragend wichtige Bauwerk eine verbindliche Finanzierungszusage durchsetzt“, so Arp.

Dies wäre nach Ansicht des CDU-Verkehrsexperten auch ein wichtiges Signal an die unter dem Verkehrschaos im Land besonders leidenden Logistikbranche.

„Unsere Spediteure haben durch die Sperrung der Rader Hochbrücke bereits Millionenverluste erlitten. Ohne die Perspektive eines rechtzeitigen Ersatzbauwerkes wäre ihnen eine Ausweitung der Maut nicht zu vermitteln. Die schleswig-holsteinische Logistikbranche muss endlich wieder eine Perspektive in unserem Land haben“, so Arp.